

109-4 | 1251

~~54 listu~~

54 listu

list č. 1; 7; 22 předný

27. 5. 2009 Jan

Der Reichsführer-H

25. 6. 1941

Tgb. Nr. 733/41. *Ans.*
RF/V.

1. Reichsinspektorat
Landesinspektorat
in Böhmen und Mähren.
Eing.: 28. JUNI 1941
Tgb. Nr.:

1.) Lieber Parteigenosse Voss!

Ich habe noch einmal mit Staatssekretär H-Gruppenführer Frank, Gauleiter Jury und Gauleiter Eigruber wegen der Angelegenheit der Fabrikgründung in Budweis gesprochen.

Es wurde volle Einigkeit darüber erzielt, daß in Budweis keine Fabrik errichtet werden soll, sondern daß der von mir ausgesprochene Standpunkt, Sie zu bitten, die Fabrik im tschechischen Raum zu begründen, bestehen bleibt.

Heil Hitler!

Ihr

gez. H. Himmler

- 2.) Chef der Sicherheitspolizei
3.) H-Gruppenführer Frank
4.) Gauleiter Eigruber
5.) Gauleiter Jury

durchschriftlich mit der Bitte um Kenntnissnahme übersandt.

t. A. *Pravnik*
H-Sturmabführer

St. S. II/16 - 99/41

St.S. IV M - 98/41.

Prag, den 3. Juli 1941.

G.R. mit 1 Anlage

W-Standartenführer Bertsch

unter Bezugnahme auf den Inhalt der Anlage zur Kenntnis übersandt.

*Robert Bertsch
gemeinn. II 4.7.41*

Heil Hitler !

[Signature]

W-Obersturmbannführer.

*Q.
i. c. d.
/ 4/8.47.
L. L. L. Q*

Eingangs-Nr. 2897/1 Eingangsdatum 3. DEZ. 1941 Tgb. P.

SD-Teilabschnitt Prag	Rt.
2897/1	DEZ 1941
Beauftragter	Abteilungszeichen

- 2. 12. 1941

SD	28 XI. 1941
690i/4	

G.R. mit 2 Anlagen
 1/1-Obersturmbannführer Eilers,
 P r a g ,

unter Bezugnahme auf den Inhalt der Anlage 2 zur
 Kenntnis übersandt.

Hgg
 - 2. 12. 1941

H e i l H i t l e r !

Zurück an

[Signature]

1/1-Obersturmbannführer.

Stat vorgelesen.

d. d. et. Hlm.

3/17

hu

2. 12. 41

ds

Prag, den 26. November 1941.


27. XI. 1941

G.R. mit 2 Anlagen
H-Obersturmbannführer Eilers,
Prag,

unter Bezugnahme auf den Inhalt der Anlage 2 zur
Kenntnis übersandt.

Heil Hitler!

gez. Gies

 78703
H-Obersturmbannführer.

HANS SCHOWANEK

ALBRECHTSDORF, 20. 11. 1941
KREIS GABLONZ A/N.
SUDETENLAND
TELEPHON: GABLONZ A/N. 2915, 2916, 29316

26
Das Reichsministerium
für die besetzten
Gebiete
in Böhmen und Mähren.
Eing.: 22. NOV. 1941
Tgb. Nr.:

Herrn
Staatssekretär Karl Hermann Frank,
Prag.

Betrifft: Industrierverschleppung ins Protektorat.

Sehr geehrter Herr Staatssekretär !

R 24/n
Dank Ihrer seinerzeitigen Unterstützung und
meinen unausgesetzten Bemühungen gelang es, die von
den Brüdern Drabek und Konsorten ins Protektorat ver-
schleppte, unter Ausnutzung meiner Maschinenkonstruk-
tionen und Erzeugungsverfahren dort aufgezogene Holz-
warenindustrie, der tschechischen Interessensphäre zu
entziehen, indem ich die restlichen 44 % Anteile -
56 % derselben hatte ich inzwischen erworben - aller-
dings unter grossen finanziellen Opfern, in meinen Be-
sitz brachte.

Dadurch ist eine Gefahr beseitigt, welche die
gesamte sudetenländische Holzperlenindustrie in ihrer
Existenz bedrohte.

Indem ich Sie sehr geehrter Herr Staatssekre-
tär hievon in Kenntnis setze, danke ich wiederholt für
die mir von Ihnen zuteil gewordene Unterstützung.

Mit den besten Empfehlungen und

Heil Hitler !

Ihr ergebener

Hans Schowanek

St. G. IV 116-99 a/41

1) V e r m e r k .

Nach einer mündlichen Mitteilung von Rechtsanwalt und Notar Dr. Beneke ist die Angelegenheit Schovaneck/Drábek so geregelt worden, dass das deutsche Interesse nunmehr hinreichend berücksichtigt ist.

- 9. X. 1941

2) Kanzlei setze auf besonderen Bogen:

K.H. mit 1 Akte
Herrn Ministerialrat v. Wedelstädt

mit verbindlichem Dank für die Überlassung des Vorganges wieder zugeleitet.

3) Z.d.A.

Q

la.

Gruppe Wirtschaft

Prag, den 7. August 1941.

II 1 - 14809/wi.

An das Büro des
Herrn Staatssekretärs
P r a g .

Des Staatssekretärs
beim Reichsprotektor
in Böhmen und Mähren.

Eing.: 8. AUG. 1941

Tgb. Nr.:

Auf die Anforderung vom 4. August 1941 -
St.S IV M - 99/41 - werden anbei die hier entstande-
nen Vorgänge betreffend die Angelegenheit Schowanek -
Drabek übersandt.

Gruppe Wirtschaft

gez. von Wedelstädt

Beglaubigt



[Handwritten signature]
Büroangestellter.

1.

4. VIII. 1941

Kanzlei setze auf besonderen Bogen:

Herrn Ministerialrat v. Wedelstädt.

In Sachen Schovaneck/Drábek werden die Akten der dort. Gruppe benötigt. Ich wäre Ihnen deshalb zu Dank verbunden, wenn Sie mir die Akten zur Einsichtnahme auf kurze Zeit überlassen würden.

2.

Wvl. am 4.9.1941 bei dem Unterzeichner.

h

VOM 23. Juni 1941

Büro des Staatssekretärs
beim Reichsprotektor
in Böhmen und Mähren.

Eing.: 28. JUNI 1941

Tr. N.

INFORMATION

Die Firma J. Schowanek ist mit 90 % für das Reichsluftfahrts-Ministerium in Sonderstufen beschäftigt und kann daher den zivilen Bedarf an Waren nicht mehr decken. Dazu kommt noch, dass vor einigen Tagen der Sonderbeauftragte von der Munitionsstelle Dr. Todt die Firma aufsuchte und ihr mitteilte, dass auch die restlichen 10 % des privaten Sektors stillgelegt werden müssen. Damit verschwinden die Spezialerzeugnisse der Firma J. Schowanek vom Markt.

Dies nützen die Firma Strnad & Rydval in Zasada und die Firma Barton in Turnau aus, indem sie ihre Betriebe vergrössern und auf die Fabrikation von Holzperlen und Holzknöpfe einrichten. Dazu ist zu bemerken, dass z.B. die Firma Strnad & Rydval nie Holzperlen noch sonst irgend einen Artikel erzeugte, welcher mit Holz nur überhaupt etwas zu tun hatte. Die Firma hat sich nur immer mit Glaswarenerzeugung befasst. Sie hat von der Firma J. Schowanek Leute aufgenommen und sucht noch weitere Leute, die ihr die Fabrikation weiter einrichten und ausbauen. Die Firma hat bereits einige Automaten und Vorbereitungsmaschinen aufgestellt und weitere Maschinen, soviel uns bekannt ist, bestellt. Genau so ist es mit der Firma Barton in Turnau, welche in eigener Werkstatt 6Spindel-Automaten für Holzperlen baut. Da nun, wie schon erwähnt, die Firma J. Schowanek nicht liefern kann, diese beiden Firmen die durch den Krieg bedingte Situation der Firma J. Schowanek ausnützen, um neue Produktionsstätten zu errichten.

Es besteht nun die absolute Gefahr, dass, sobald der Krieg beendet ist, sich zwei bedeutende Konkurrenzen der Firma J. Schowanek entwickelt haben, gegen die ihr jedes Mittel fehlt, derzeit durch die Einschaltung in die Kriegsfertigungen anzukämpfen.

Es handelt sich hier nicht allein um die Firma J. Schowanek, sondern dieselbe vertritt auch die Interessen der gesamten sudetendeutschen Holzperlenindustrie, welche sich genau in derselben Lage befindet, wie die Firma J. Schowanek.

P.S.

Es wäre noch zu bemerken, dass diese Firmen das sehr rare Ahornholz, welches die Firma Schowanek zu ihrer Fabrikation benötigt, aufkaufen und die Preise gewaltig steigern. Die Firma zahlte bisher für Ahorn ca. 40 RM pro m³, während die anlaufenden Konkurrenzfirmen den Ahornpreis bis zu einer Höhe von 70 RM bezahlen. Ausserdem verbrauchen sie den kontingentierten äusserst knappen Spirit und diverse ausländische Harze und Materialien zur Erzeugung von Polituren.

St. S. IV 20-99/41

13


Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Gauleitung Sudetenland

Büro des Staatssekretärs
beim Reichsaussenamt
in Böhmen und Mähren.

Eing.: 9. JUNI 1941

Tgb. Nr.:

Der Gaupresseamtsleiter

Herrn

Staatssekretär
SS.-Gruppenführer K.H. Frank

P r a g .

Czernin-Palais

Unser Zeichen: Sa/L

Ihr Zeichen:

Reichenberg, den 5. Juni 1941
Postschloßfach 246
Fernruf Nr. 3753

Gegenstand:

Sehr geehrter Herr Staatssekretär !

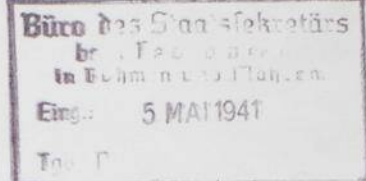
Da sich in der Angelegenheit der Verschleppung der sudetendeutschen Holzperlenindustrie in das Protektorat eine Reihe neuer Tatbestände ergeben haben, sehe ich mich veranlaßt, Ihnen nachstehende Tatsachen zur Kenntnis zu bringen:

Mit dem von Ihnen persönlich erlassenen Ausweitungsverbot gegen die Firma Drabek a. Spol. in Semil wurde seinerzeit klar und eindeutig festgestellt, daß ein Eindringen der Tschechen in die vor allem für das Isergebirge lebenswichtige Holzperlenindustrie auf alle Fälle vermieden werden sollte. Diese Ihre Haltung wurde im Besonderen gestützt durch ein reichseinheitliches Ausweitungsverbot für die gesamte Holzindustrie. Nun wird uns von glaubwürdiger Seite mitgeteilt, daß die Firma Strnad a Rytval in Zasata (Kreis Jitschin) in der letzten Zeit neue automatische Maschinen aufgestellt hat und mit diesen Holzperlen erzeugt. Sie geht dabei den gleichen Weg wie seinerzeit die Firma Drabek a spol. und hat bereits ehemalige Arbeiter der Firma Schowanek aus Albrechtzdorf eingestellt und auch mit deren Hilfe die Erzeugung weiter ausgebaut. Eine auf schriftlichem Wege vorgenommene Untersuchung durch Herrn Regierungsrat Beck über das tschechische Handelsministerium verlief zwar negativ, doch steht fest, daß die Produktion der Firma, wie durch ihre Lieferungen nachzuweisen ist, an Umfang außerordentlich zugenommen hat. Außerdem ist uns bekannt, daß die Firma Strnad a Rytval bei der firma Liberta, Prag neuerlich wieder 9 Maschinen für die Erzeugung von Holzperlen bestellt hat.

St. S. W. 16 - 74/41

GRUPPE WIRTSCHAFT

II 1 - 6761/41.



Prag, den 2. Mai 1941.

Über den
Herrn
Abteilungsleiter II
an das
Büro des Herrn Staatssekretärs.

Betrifft: Angelegenheit SCHOWANEK'/DRABEK.

Vorgang: Schreiben vom 24.4.1941 - St.S IV M - 75-.

Auf das dortige Schreiben vom 20. Februar 1941 - St.S IV M - 75 - hat sich die unterzeichnete Gruppe Wirtschaft sofort mit der Firma Schowanek einerseits und dem Handelsministerium andererseits in Verbindung gesetzt. Es ist inzwischen durchgesetzt worden, dass der Gesellschaftsvertrag der Firma Drabek den Wünschen der Firma Schowanek entsprechend abgeändert wird. Die Gesellschafter haben sich dahingehend geeinigt, dass in dem Gesellschaftsvertrag das Erfordernis der qualifizierten Majorität für alle Gesellschaftsbeschlüsse entfällt, so dass in Zukunft die einfache Majorität genügt, sofern nicht das Gesetz bindend eine qualifizierte Mehrheit vorschreibt, und dass alle Schriftstücke, die den Geschäftsbetrieb der Firma Drabek verlassen, auch die Unterschrift von Schowanek oder einem seiner Vertreter tragen. Die ganze Angelegenheit ist in ständigem Einvernehmen mit der Firma Schowanek betrieben worden.

Mit der getroffenen Regelung ist nunmehr allen Wünschen der Firma Schowanek Rechnung getragen. Damit entfällt nun auch der Grund für das weitere Bestehen des im August 1939 gegen die Firma Drabek verhängten Erweiterungsverbotes, an dessen Aufrechterhaltung nunmehr auch die Firma Schowanek selbst kein Interesse mehr haben kann. Es ist daher beabsichtigt,

St. S. IV M - 75 a

Vorgang aus H. S. v. 1941.

14a

das Erweiterungsverbot demnächst aufzuheben.

Damit wäre die Angelegenheit Schowanek-
Drabek endgültig im Sinne der Wünsche der Firma
Schowanek und der sudetendeutschen Industrie
erledigt.

Gruppe Wirtschaft
gez.v. Wedelstätt



Beglaubigt:

[Handwritten signature]
angestellter.

60728



75

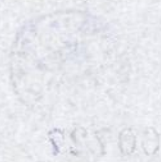
St.S. IV M - 75.

Prag, den 24. April 1941.

26. IV. 1941

1. Kanzlei setze auf besonderen Bogen:

Herrn Ministerialdirigenten Bertsch.


88500

Zum Vortrag bei dem Herrn Staatssekretär wäre ich für die baldige Beantwortung des hies. Schreibens vom 20.2.1941 - Zeichen St.S. IV M - 75 in Sachen Schovanek/Drábek zu Dank verbunden.

2. Wvl. am 10.^{6.}5.1941 bei dem Unterzeichner.

le.

Prag, den 20. Feber 1941.

1. Kanzlei setze auf besonderen Bogen:

K.H. mit 3 Anlagen

Herrn Ministerialdirigent Bertsch

unter Bezugnahme auf den Inhalt der Anlagen zur Kenntnis und mit der Mitteilung zugeleitet, dass der Herr Staatssekretär den von dem Rechtsanwalt Dr. Magerstein vorgelegten Entwurf des Gesellschaftsvertrages in der neuen Fassung gebilligt hat. Der Herr Staatssekretär lässt Sie bitten, dafür zu sorgen, dass nunmehr der Vertrag in Kraft gesetzt werde. Mit Rücksicht darauf, dass noch eine Anfrage des Notars Dr. Beneke zu beantworten ist, wäre ich für eine baldige Mitteilung über den Stand der Angelegenheit zu Dank verbunden.

2. Wv. am 20. ^{4.} v. 1941 bei dem Unterzeichner.

*/ am 21.4 vorgef.
 Lem,*

ls.

R

Notar Dr. Bodo Beneke

Rechtsanwalt am Kammergericht

Wilhelm Neumann

Rechtsanwalt am Landgericht

Dr. Eberhard Schmedes

Rechtsanwalt u. Fachanwalt für Steuerrecht



Postfachkonto: Rechtsanwälte
Wilhelm Neumann und Dr. Bodo Beneke
Berlin 146351

Bankverbindung: Rechtsanwälte
Wilhelm Neumann und Dr. Bodo Beneke
Commerzbank, Depositen-Kasse M.,
Berlin W 50, Tauentzienstraße 18 a.

Sprechstunden:
Nach fernmündlicher Vereinbarung

77

Fernsprecher: 91 74 53

Berlin W 50, den 17.1.1941.II/W.5.
Kurfürstendamm 16, Ecke Joachimstaler Straße
(im Hauje Jar am 300)

Herrn
Staatssekretär
Karl Heinrich Frank,

Prag,

Sehr geehrter Herr Staatssekretär!

In der Angelegenheit der Firma J. Schowanek, Albrechtendorf (Sudetengau), die gleichzeitig die Interessen der gesamten sudetendeutschen Holzperlenindustrie vertritt, gaben Sie mir Gelegenheit, zusammen mit Herrn Hans Schowanek und dem Parteigenossen Sandner den augenblicklichen Sachstand vorzutragen.

Es ist uns, wie ich Ihnen bereits bei der mündlichen Besprechung vortrug, gelungen, 51% der GmbH-Anteile der Firma Drabek in Semil zu erwerben und damit zu verhindern, dass Industriegeheimnisse, die bereits seinerzeit bei dem Anschluss des Sudetengaus an das Altreich von ehemaligen Angestellten der Firma J. Schowanek - den jetzigen Gesellschaftern der Firma Drabek - rechts- und gesetzeswidrig in die Firma Drabek eingebracht worden sind, in das Ausland verschleppt werden. Gleichzeitig ist damit - wenigstens zum Teil - das Unrecht wieder gutgemacht worden, das seinerzeit

der Firma Schowanek und der gesamten Holzperlenindustrie durch den Diebstahl der Schwanek'schen Erfindungen und Maschinen durch die jetzigen tschechischen Mitgesellschafter der Firma Drabek zugefügt worden ist.

Wie ich schon in meinem mündlichen Vortrag ausgeführt habe, waren die tschechischen Mitgesellschafter der Firma Drabek bei den letzten Verhandlungen bereit, mit Rücksicht auf die Ihnen, sehr geehrter Herr Staatssekretär, benannten Vorgänge, sämtliche Anteile zu veräußern.

Auf Grund einer Intervention bei dem tschechischen Handelsminister, Herrn Dr. Kratochvil, hat dieser den tschechischen Mitgesellschaftern erklärt, dass sie nur bis zu 51% an die Firma Schowanek bzw. an Herrn Schowanek zu veräußern brauchten, wenn sie gleichzeitig Herrn Schowanek oder seinem Beauftragten die "Oberaufsicht" zubilligten.

Ein Protokoll über diese Verhandlungen der tschechischen Herren mit Herrn Handelsminister Dr. Kratochvil befindet sich bei den Akten des Herrn Regierungsrats Dr. Beck, der die Angelegenheit Drabek-Schowanek bearbeitet.

Auf Grund der Erklärungen des Herrn Ministers Dr. Kratochvil haben nunmehr die tschechischen Mitgesellschafter die ursprüngliche Absicht der Gesamtveräußerung aufgegeben und haben meinem Mandanten lediglich die ursprünglich schon vereinbarten 51% angeboten. Das Angebot ist von Herrn Schowanek angenommen worden unter der gleichzeitigen Forderung, dass das Amt des Herrn Reichsprotectors eine "authentische Interpretation des Begriffs Oberaufsicht" gibt.

Sie haben mir, sehr geehrter Herr Staatssekretär, bei meinem Vortrag darin zugestimmt, dass eine Oberaufsicht durch Herrn Schowanek nur dann durchgeführt werden kann, wenn auch entsprechende Bestimmungen in den Gesellschaftsvertrag aufgenommen werden.

Nach dem bisherigen Gesellschaftsvertrage unterliegt jeder Beschluss der Generalversammlung einer qualifizierten Mehrheit. Es ist also praktisch so, dass Herr Schowanek mit seinen 51%, wenn es die tschechischen Mitgesellschafter nicht wollen, nichts bestimmen kann.

Mein Vorschlag, den Sie anlässlich meines Vortrages gebilligt haben, geht dahin, dass, soweit das Gesetz nicht etwas anderes vorschreibt, für jeden Beschluss der Generalversammlung die einfache Mehrheit genügt.

Weiterhin gehört zur tatsächlichen Oberaufsicht, dass keine Zeichnung von Mitteilungen oder Anweisungen der Firma ohne die Mitzeichnung des Herrn Schowanek oder dessen Beauftragten erfolgen darf. Nach den jetzigen Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages können die tschechischen Geschäftsführer auch ohne Mitzeichnung des Herrn Schowanek allein zeichnen.

Wenn also die Oberaufsicht des Herrn Schowanek, wie sie von den tschechischen Mitgesellschaftern anerkannt worden ist, nicht eine leere Phrase sein soll, dann müssen diese beiden Punkte bei der Neufassung des Gesellschaftsvertrages unbedingt berücksichtigt werden.

Da die tschechischen Mitgesellschafter sich bereits damit einverstanden erklärt haben, dass die Auslegung des Begriffs "Oberaufsicht" durch den Sachbearbeiter des Herrn Reichsprotectors erfolgen

ja!
Kolt

soll, darf ich Sie entsprechend den Ausführungen in meinem mündlichen Vortrag bitten, den Sachbearbeiter, Herrn Regierungsrat Dr. Beck, anzuweisen, den Gesellschaftern entsprechende Eröffnungen zu machen und anzuordnen, dass der Gesellschaftsvertrag die angegebenen Bestimmungen aufnimmt.

Ich darf Ihnen, sehr geehrter Herr Staatssekretär, bei dieser Gelegenheit nochmals im Namen des Herrn Schowanek für die wohlwollende Unterstützung der Belange der sudetendeutschen Holzperlenindustrie danken.

Heil Hitler!

Ihr sehr ergebener

J. Lunka

RECHTSANWÄLTE
J. U. Dr. WILLY MAGERSTEIN
J. U. Dr. STEFAN SCHMID

PRAG II., TORGASSE 19
Zugelassen beim Landgericht in Prag
FERNRUF Nr. 320-18, 208-22

Bankkonto bei der Böhm. Escomptobank Prag
Postsparkassen-Konto Prag 36.591



Mitglieder des NSRB:

M/St.

PRAG, am 17. Jänner 1941. 21

Büro des Staatssekretärs
beim Herrscher
in Böhmen und Mähren.

Eing.: 17. JAN. 1941

Tgb. Nr.:

Herrn

Oberregierungsrat Dr. Gies
Kanzlei des Herrn
Staatssekretärs K.H. Frank

Prag IV
Czerninpalais

Sehr geehrter Herr Oberregierungsrat!
Ich wollte Sie bereits gestern und
heute im Auftrage des Herrn Dr. Beneke -in
Angelegenheit Hans Schovaneck/Firma Drábek & Co.-
besuchen, bin aber infolge ständiger Beschäftigung
bei Gericht nicht losgekommen.

Ich übermittle Ihnen daher anbei ein
aufklärendes Schreiben an den Herrn Staatssekretär,
nebst zwei Beilagen und werde Sie Anfang nächster
Woche besuchen, um mich zu vergewissern, ob Sie
mit meinen Vorschlägen einverstanden sind bzw.
Ihre Mitteilung entgegenzunehmen, in welchen Rich-
tungen der Gesellschaftsvertrag abgeändert werden
soll.

Heil Hitler!

Ihr sehr ergebener

Beilagen:

- 1/ Ein Schreiben an den Herrn Staatssekretär
- 2/ Entwurf des Gesellschaftsvertrages Drábek & Co.
- 3/ Aenderungen gegenüber dem bisherigen Gesell-
schaftsvertrag.

Smagutini

St. S. IV/M-75

R. G. 128/9

*6/28
/2*

Büro des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren. Eing.: 14. FEB. 1941 Tgb. Nr.:	<i>25</i>
---	-----------

DER STAATSPRÄSIDENT
DES PROTEKTORATES BÖHMEN UND MÄHREN

Z. D 603 / 41.

zum Vortrag

Pr a g, am 10. Feber 1941.

M. S. S. 6/19/2

1. 2/3. 41.

*P
157 II*

Sehr geehrter Herr Staatssekretär,

Sehr geehrter Herr Staatssekretär.

die.

es bitte für Einfall des bro.

genes.

16/2. 41.

in der Erklärung, welche Sie namens des

Herrn Reichsprotectors einigen Mitgliedern der Regierung gegenüber abgegeben haben, haben Sie auch erwähnt, dass in den Rahmen der Fürsorge für den Ausbau der Versorgungs- und Ernährungsaktion im Protektorate auch die Organisation der Nationalen Gemeinschaft eingegliedert werden könnte.

In dieser Richtung sind zwar bereits früher seitens der Nationalen Gemeinschaft gewisse Schritte unternommen worden, ich muss jedoch gestehen, dass erst Ihre Anregung dazu geführt hat, dass die Wirksamkeit der genannten Organisation zur Gänze in den Dienst des ordnungsmässigen Funktionierens der Versorgungs- und Ernährungsaktion gestellt wurde. Ich habe sogleich allen beteiligten Faktoren aufgetragen, mit vollem Ernste an diese Aufgabe heranzugehen, und habe mir auch vorbehalten, dass mir über das auf diesem Gebiete Geschehene fortlaufend Bericht erstattet wird.

Obleich seither erst ein kurzer Zeitraum ver-

St. S. IV M - 100/41

D 603 / 41.

strichen ist, halte ich es doch für angezeigt, Sie über das, was in dieser Angelegenheit bisher unternommen wurde, zu informieren.

Als der Vorsitzende der Regierung und die Minister, in deren Ressort die Ernährungs- und Versorgungsagenda unmittelbar fällt, den leitenden Faktoren des Ausschusses der Nationalen Gemeinschaft die Möglichkeiten und die Art und Weise einer Mitwirkung der letzteren bei dieser Aktion darlegten, traf die Nationale Gemeinschaft sogleich Vorbereitungen für ihre diesbezügliche Betätigung.

Zunächst wurde ein besonderes Komitee für Versorgungsfragen geschaffen, an dessen Spitze der Stellvertreter des Leiters des Ausschusses der Nationalen Gemeinschaft steht. Das Vollzugsorgan dieses Komitees ist die beim Sekretariate des Ausschusses errichtete Arbeitsabteilung, welche die gesamte Tätigkeit des Ausschusses in den Versorgungs- und Ernährungsfragen leiten, regeln und verfolgen soll. Von diesen beiden Organen wurden am 31. Jänner allen Kreis- und Bezirkssekretariaten der Nationalen Gemeinschaft eingehende Weisungen erteilt.

Was den Vollzug der Vorschriften anbelangt, gehen Regierung und Nationale Gemeinschaft von dem Grundsatz aus, dass die gesamte Organisation der Nationalen Gemeinschaft den mit der Versorgungs- und Ernährungsagenda betrauten öffentlichen Organen zur Verfügung steht. Zu diesem Behufe sind

D 603 / 41.

die Bezirksleitungen der Nationalen Gemeinschaft mit ihrem ganzen Apparat den Bezirkshauptmännern restlos zur Hand und nehmen von ihnen Weisungen darüber entgegen, in welchen Belangen ihre Tätigkeit zur Unterstützung der öffentlichen Organe erwünscht ist.

Die Ortsgruppen werden die Bürgermeister bei der Durchführung verschiedener mit der Ernährungs- und Versorgungsagenda verbundener administrativer Arbeiten unterstützen und werden nach den Weisungen der Bezirkshauptmänner den Gemeindevorstehern in der Richtung beistehen, dass die Kontinuität der Versorgung erhalten bleibt, der Anhäufung von Vorräten, der Spekulation damit, dem Schleichhandel gesteuert wird, dass die vorgeschriebenen Getreidekontingente abgeliefert werden u.dglm. Weiters werden die Ortsgruppen für die Beschaffung von Arbeitskräften für landwirtschaftliche Arbeiten Sorge tragen, damit die Kontinuität der Flurenbebauung sichergestellt wird, und sie haben den Landwirten mit Ratschlägen in der Richtung an die Hand zu gehen, dass nach den Weisungen der entscheidenden Stellen der Anbau von für die Ernährung der Bevölkerung bedeutsamen Ersatzprodukten, insbesondere von Gemüse, realisiert werden kann.

Zum Zwecke der Bekanntmachung der leitenden Funktionäre der Nationalen Gemeinschaft mit diesen Grundsätzen hat der Ausschuss in allen Kreisen, wo die Tätigkeit der Nationalen Gemeinschaft nicht eingestellt ist, für den 2. Feber d.J. im Be-

D 603 / 41.

reiche der Handels- und Gewerbeinteressen sowie der landwirtschaftlichen Interessen Arbeitskonferenzen einberufen; im Kreise Prag-Land wurde diese Arbeitskonferenz ausnahmsweise am 4.d.M. abgehalten, im Kreise Schlan fanden derartige Konferenzen am 8. und 9. Feber statt.

Für die Tage vom 7. - 9. Feber wurden in allen Kreisen der Nationalen Gemeinschaft Appelle der Kreisleitungen einberufen, an welchen die Bezirksleiter der Nationalen Gemeinschaft sowie Vertreter des Gewerbes, des Handels, der Landwirtschaft, der Arbeiterschaft, der öffentlichen Bediensteten, der Regionalkörperschaften und der Genossenschaften teilnahmen.

Am 16. Feber werden analoge Bezirksappelle unter Teilnahme der Ortsleiter der Nationalen Gemeinschaft stattfinden. Ausserdem wurde zum Zwecke der Belehrung in Produktionsfragen bereits mit der Abhaltung von Landwirtschaftstagen begonnen.

Nach Durchführung der Appelle ist der Ausbau der Hilfsorganisation auf diesem Gebiete durch Schaffung von Bezirks- und Ortskörperschaften für den Versorgungs- und Ernährungsdienst in Aussicht genommen. Zu Mitgliedern dieser Organisationen werden verlässliche Personen insbesondere aus den Reihen der Lehrerschaft, der Beamten, der Pensionisten, der Geistlichkeit u.dgl. bestellt werden.

Sogleich nach dem Erscheinen des grundsätzlichen Aufrufes des Ausschusses der Nationalen Gemeinschaft betref-

D 603 / 41.

fend die Versorgungs- und Ernährungsangelegenheiten, welcher am 16. Jänner in den Tagesblättern abgedruckt war, hat der Propaganda- und Presseapparat des Ausschusses veranlasst, dass vom 20. Jänner angefangen fast täglich in der Tagespresse, auch in den auf dem Lande erscheinenden Blättern, Artikel eingeschaltet werden, in welchen den Landwirten, den Gewerbetreibenden, den Kaufleuten und der gesamten Bevölkerung die Wichtigkeit der Versorgungs- und Ernährungsaktion, wie sie bei uns gemäss den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen zur Durchführung gelangt, systematisch klargemacht wird. Der Propagandaapparat des Ausschusses der Nationalen Gemeinschaft verabsäumt keine Gelegenheit, sowohl in der Presse als auch durch den Rundfunk die Bevölkerung zur genauen Einhaltung der Versorgungs- und Ernährungsvorschriften aufzufordern. Diese modernen Propagandamittel werden dann vollständig ausgenutzt werden können, wenn die tschechischen Stellen in diesen Belangen die volle Unterstützung Ihrer Presse- und Rundfunkorgane finden werden.

Nach den gewonnenen Erfahrungen wird es dann vielleicht möglich sein, die Wirksamkeit der Nationalen Gemeinschaft auch auf die Förderung der Tätigkeit der wirtschaftlichen Verbände der gelenkten Wirtschaft auszudehnen, zum Beispiel auf dem Gebiete der Milchwirtschaft, der Bewirtschaftung einiger Bodenprodukte u.dgl., damit so alle, insbesondere die sozial Schwachen, ihren gleichmässigen und

us 603 225?

min!

D 603 / 41.

gerechten Anteil an der Versorgung erhalten.

Ich bitte Sie, sehr geehrter Herr Staatssekretär, vorläufig von diesen Schritten der Nationalen Gemeinschaft, die eine intensive Fortsetzung erfahren werden, Kenntnis nehmen zu wollen.

Mit dem Ausdrucke meiner vollkommensten
Hochachtung

St E. Hacha

Herrn Staatssekretär
KARL HERMANN FRANK,
SS-Gruppenführer

in P R A G.

Prag, den 15. Januar 1941. 29

Erklärung des Reichsprotectors zur Bekämpfung des Schleichhandels und zur Sicherung der Ernährungsgrundlagen im Protektorat - abgegeben von Staatssekretär K.H.Frank an die zuständigen tschechischen Ressortminister unter dem Vorsitz des stellvertretenden Ministerpräsidenten.

Meine Herren!

Im Auftrage des Herrn Reichsprotectors habe ich Sie zu Entgegennahme der folgenden amtlichen Erklärung zu mir gebeten:

Das Deutsche Reich befindet sich in einem ausserordentlich schweren und blutigen Kriege, der von der Gesamtheit der Nation unter Aufbietung aller Kräfte durchgefochten wird. Das Reich und die Völker, die zu ihm gehören, stehen unter Kriegsrecht. Kriegszustand ist ein aussergewöhnlicher Zustand. Aussergewöhnliche Zustände erfordern zu ihrer Lenkung und Durchführung aussergewöhnliche Mittel. Alle Kräfte der Nation sind total mobil gemacht, um in kürzester Zeit den letzten Gegner vernichtend zu schlagen und den Endsieg herbeizuführen. Wir stehen vor entscheidenden Ereignissen, zu deren Gestaltung alle Kräfte eingesetzt werden müssen. Den Waffensieg wird unsere glorreiche Armee bringen, die Heimatfront - das sind alle zivilen Kräfte im neuen grossen Reiche, ohne Unterschied der Nation - hat restlos und ohne Zögern das Ihre zum Siege beizutragen. Wer dabei versagt oder den Einsatz verweigert, wird nach Kriegsrecht von der vollen Strafe getroffen. Dies gilt auch für Menschen oder Kreise, die zum Schaden der Allgemeinheit für ihre persönlichen Interessen arbeiten und zum Nutzen der Allgemeinheit erlassene Vorschriften sabotieren.

Es ist bekannt, meine Herren, dass die Ernährungslage im Protektorat sehr ernst ist. Die Ursachen der angespannten Ernährungslage sind:

1. die schlechte Ernte im Protektorat im Jahre 1940,
2. der für die eigene Bedarfsdeckung nicht ausreichende Viehbestand im Protektorat und
3. das nicht Vorhandensein von nennenswerten Reserven im Protektorat.

Es ist Ihnen ferner bekannt, dass aus diesen Gründen - vor allem weil die Länder Böhmen und Mähren sich aus eigenen Beständen zu versorgen nicht in der Lage sind - das Reich wiederholt mit erheblichen Mengen helfend eingesprungen ist.

Es ist Ihnen ferner bekannt, dass die tschechische Flüsterpropaganda das Gegenteil von diesen Tatsachen behauptet, im Interesse der Reichsfeinde daraus ein Politikum macht und dunklen Machenschaften, wie Schleichhandel, Sabotageaktionen usw. Vorschub leistet.

Es ist Ihnen aber schliesslich auch bekannt, dass der Herr Reichsprotector die Protektoratsregierung wiederholt auf die Notwendigkeit

einer energischen Bekämpfung all der unhaltbaren und schädigenden Missstände im Wirtschaftsleben hat aufmerksam machen lassen, die ihren Ursprung in der auf die Kriegsverhältnisse zurückzuführenden Verknappung von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen oder in der öffentlichen Bewirtschaftung haben.

Ich frage Sie nun, meine Herren, als verantwortliche Minister und Leiter der hauptbeteiligten Ressorts: Was hat die Protektoratsregierung bisher zur Abstellung der unhaltbar gewordenen Missstände getan?

Haben die von Ihnen immer erst auf deutschen Druck hin veranlasseten Einzelmassnahmen, zum Beispiel zum restlosen Erfassen der rationierten Lebensmittelbestände oder zur Unterbindung des Schleichhandels ein greifbares Resultat gezeitigt? Nein!

Der Schleichhandel hält unvermindert an. Die unwürdigen Zustände des unter der Hand Kaufens und Verkaufens haben eher zu- als abgenommen. Die auf meine Veranlassung erfolgten hohen Bestrafungen haben nicht den erwarteten Erfolg gezeitigt, weil der Bestrafte sofort als politischer Märtyrer gefeiert oder die Geldstrafe oft aus stillen Fonds aufgebracht wurde.

Hat die Protektoratsregierung bisher ihre ganze Autorität aufgeben und durch Wort und Schrift, durch Reden, Funk und Presse, das tschechische Volk über die Tatsache aufgeklärt, dass nicht das Protektorat für die Ernährung der Bevölkerung im Altreiche aufkommt, sondern das Altreich mit starken Kontingenten dem Protektorat hilft?

Haben Sie, meine Herren, das Ihrige getan, um dem tschechischen Volke immer wieder klar zu machen, dass Schleichhändler, Schieber und Saboteure vor allem die breiten Massen ihres eigenen Volkes schädigen und dass die Vorschriften und Richtlinien des Reichsprotectors über Erfassung und geregelte Ablieferung von rationierten Waren jeder Art nicht dem Reiche, sondern vor allem dem tschechischen Volke zugute kommen?

Haben Sie, meine Herren, mit dem entsprechenden Nachdruck die verantwortlichen und zuständigen Beamten Ihrer Ressorts, Ihre 92 Bezirkshauptleute, die Tausende von Bürgermeistern und Gemeindevorstehern oder die Vorstände tschechischer Genossenschaften und der privilegierten tschechischen Getreidegesellschaft um sich versammelt, sie über den Ernst der Situation belehrt und alle diese Vertreter ihrer staatlichen Organisationen - evtl. bei Androhung schwerster Konsequenzen - persönlich verantwortlich und haftbar gemacht oder von sich aus auch nur ein Exempel statuiert?

Haben Sie, meine Herren, und hat die Protektoratsregierung der wahn-sinnigen tschechischen Flüsterpropaganda entgegengearbeitet und bisher auch nur einmal klar und eindeutig Stellung bezogen gegen die ewigen Illusionisten von Gestern und diese Unruhestifter als schwerste Schädlinge an Ihrer eigenen Volksgemeinschaft gebrandmarkt?

Wir vermissen auf diesen Gebieten die Erfüllung Ihrer Pflichten. Hier sind noch zahllose Möglichkeiten ungenützt.

Beginnen Sie damit sofort, ehe es zu spät ist. Bedienen Sie sich dabei aller modernen technischen und sonstigen Hilfsmittel (z.B. Grossaktionen mit tausenden von Rednern, Versammlungen, Presse, Rundfunk usw.), die Ihnen zur Verfügung stehen, oder bedienen Sie sich des auf diesem Gebiete bisher vollständig untätigen und eher renitenten N.S., von dem Sie ja behaupten, dass 90% der tschechischen Bevölkerung hinter ihm stünden, oder bedienen Sie sich sonstiger Verbände und Vereine, deren Sie genügend haben.

Dies nur einige Fragen und Beispiele!

Ich stelle Ihnen dies alles noch einmal eindringlichst vor Augen und weise Sie mit vollstem Ernste auf die bedrohlichen Folgen hin, die ein weiteres Anhalten solcher Zustände zeitigen muss.

Ich habe den Auftrag, Ihnen dazu folgendes zu eröffnen:

Das Reich wird künftighin dem Protektorate mit Zusatzkontingenten nur dann noch zushelfen, wenn die Gewähr gegeben ist, dass die Produzenten des Protektorats mit allen Kräften dazu beitragen, durch Erfüllung der Ihnen auferlegten Lieferungen die Ernährung des Landes sicherzustellen. Weder das Reich, noch der Reichsprotektor haben derzeit den Eindruck, dass dies heute geschieht. Der Beweis für meine Behauptung sind die zahlreichen Strafverfahren. Sie zeigen, dass weite Teile der Landbevölkerung nicht daran denken, ihren Pflichten gegenüber dem eigenen Volke nachzukommen, sondern es verziehen, ihre Produkte im eigensüchtigen Gewinnstreben der ordentlichen Bewirtschaftung zu entziehen und dem Schleichhandel zuzuleiten.

Wenn verantwortliche tschechische Stellen in Zukunft versagen, wird das Reich sofort die Versorgung der deutschen Bevölkerung im Protektorat selbst in die Hand nehmen und die Versorgung des tschechischen Teiles der Bevölkerung der autonomen Regierung in voller eigener Verantwortung überlassen. Ich ersuche Sie, sich die Schwierigkeiten dieser Ihnen dann zufallenden Aufgabe, sowie die Folgen einer zweifellos dann ungleichen Versorgung der Bevölkerung dieses Raumes, sich heute mit allem Ernste vor Augen zu führen. Ich glaube kaum, dass es der Tscheche verstehen würde, dass die Behörden der autonomen tschechischen Verwaltung nicht in der Lage gewesen sein sollen, durch radikale Ausmerzung der die Allgemeinheit schädigenden Elemente oder Einflüsse, das tschechische Volk vor einer so schwerwiegenden Massnahme zu bewahren.

Die Verhältnisse auf dem gewerblichen Sektor unterscheiden sich nicht wesentlich von dem Dargestellten. Es ist mir eine Unzahl von Fällen bekannt, in denen sich Firmeninhaber aus reinster Gewinnsucht über die zum Schutze der Allgemeinheit erlassenen Vorschriften hinwegsetzen.

Ich kann hier nicht den Einwand gelten lassen, es sei bereits das Notwendige angeordnet und eine Besserung der Dinge zu erwarten. Mit Er-

lassen allein ist nichts getan. Der absolut gute und ehrliche Wille, der Geist, der hinter einer Aktion steht und die ständige Erziehung und immer wiederkehrende Belehrung des Volkes sind allein massgebend. Solange allerorts in Ihren Amtsstellen und in Ihrem Organisationsapparat sabotierende Einflüsse sich geltend machen, wie es derzeit der Fall ist, ist keine Besserung der Lage zu erwarten. Ich mache Sie, meine Herren, hiermit persönlich dafür verantwortlich, dass sofort Wandel geschaffen wird, soweit die personelle Seite der Angelegenheit in Frage kommt.

Sachlich halte ich die einheitliche Steuerung des bisher bestehenden, aber ohne die erforderliche Fühlung arbeitenden Kontrolldienstes der autonomen Zentralbehörden für notwendig. Die Federführung wäre in die Hand eines neu zu errichtenden Ausschusses zu legen, der dem Innenministerium anzugliedern wäre und dem Vertreter der beteiligten Zentralbehörden zuzuwählen sind. Dem Innenministerium deshalb, weil ihm die Behörden der politischen Verwaltung unterstehen und der dort wiederum zusammenlaufende Exekutivapparat das Rückgrat aller zu treffenden Massnahmen vorzubereiten und als oberste Spitze zu leiten, die auf den gemeinsamen Einsatz der staatlichen Kontrollorgane aller Zweige abzielen. Dementsprechend wären auch neue Verfahrens- und weitaus schärfere Strafvorschriften als bisher einheitlich auszurichten. Er wäre auch verantwortlich dafür, dass geplante Kontrollmassnahmen nicht vorher verraten würden und deshalb ergebnislos bleiben müssen, wie es derzeit geschieht.

Die dunklen Machenschaften und raffinierten Sabotageakte der tschechischen Maffia aus den Jahren 1917 und 1918, wo in Böhmen und Mähren die Volkstumsgrenze die Hungergrenze war, und mit denen ein schwaches Österreich-Ungarn nicht fertig wurde, sind uns noch zu gut in Erinnerung. Sie können mir aber glauben, meine Herren, dass es nicht ein zweites Mal in der Geschichte zu ähnlichen Situationen kommt. Wir werden vielmehr im Reiche dafür Sorge tragen, dass schon die Ansätze zu solchen Misständen mit allen Mitteln an der Wurzel ausgetilgt werden.

Der neu zu errichtende Ausschuss kann alle notwendigen Einzelheiten zwecks raschster Abhilfe mit einem korrespondierenden Ausschuss beraten, den ich bereits bei meiner Behörde gebildet habe.

Ich verkenne die Schwierigkeiten nicht, die einem erfolgreichen und durchschlagenden Bekämpfen dieser von mir mit dem Worte "Schleichhandel" zusammengefassten Machenschaften entgegenstehen. Ich bin aber ebenso überzeugt, dass die herrschenden Misstände auf ein Mindestmass gebracht werden können, wenn alle beteiligten Kreise sich der Tragweite der dem tschechischen Volke drohenden Gefahren klar werden. In diesem Sinne mache ich Sie nochmals in Ihrem eigenen Interesse persönlich für eine sofortige und durchgreifende Abhilfe verantwort-

lich und vertraue darauf, dass Sie im Einvernehmen und in Zusammenarbeit mit meinen Herren, die Ihnen gerne und überall helfen wollen, ehestens die entsprechenden Wege dafür finden werden.

R.Br.

Büro des Staatssekretärs
beim Reichsprotektor
in Böhmen und Mähren.
19.FEB.1941
Tgb. Nr.:

34

DER STAATSPRÄSIDENT
DES PROTEKTORATES BÖHMEN UND MÄHREN

D 771/41.

Prag, am 18. Februar 1941.

SD
Mahnreden
zu (1. u. 2.)
9/27/42

Sehr geehrter Herr Staatssekretär,

bei einer unserer Unterredungen habe ich Ihnen versprochen, dass die Nationale Gemeinschaft eine systematische Aktion zum Zwecke der Erziehung unseres Volkes für den Reichsgedanken in Angriff nehmen wird.

Ich habe in dieser Angelegenheit vor einiger Zeit konkrete Weisungen erlassen und bin nunmehr in der Lage, Ihnen mitzuteilen, bis zu welchem Grade die gestellten Aufgaben bereits erfüllt sind. Es handelt sich im Wesen um folgendes:

1/ In allen Kreisen, wo der Nationalen Gemeinschaft die Ausübung ihrer Tätigkeit gestattet ist, wurden am 13. Oktober 1940 Massenappelle abgehalten, bei welchen der Reichsgedanke propagiert wurde. Bei jeder dieser Kundgebungen war ein Mitglied der Regierung zugegen. An den Kundgebungen nahmen auch die von ihrer Fahrt ins Reich heimkehrten Kulturschaffenden teil. Die Zahl derer, die sich an diesen Veranstaltungen beteiligten, war gross. Die Kundgebungen fanden in der Presse in Prag und auf dem Lande den lebhaftesten Widerhall.

./.

St. S. IV M-72a

39a

2/ An die erwähnten Kreisappelle schlossen sich Vorträge an, die fast in allen Bezirksstädten stattfanden. Eine Reihe dieser Vorträge wurde von der Nationalen Gemeinschaft gemeinsam mit dem Tschechischen Verbands für die Zusammenarbeit mit den Deutschen veranstaltet. Im Ganzen gab es 42 derartige Vorträge, und die Zahl der Teilnehmer überstieg in einigen Fällen tausend Personen.

3/ Es wurden Kurse zur ideellen Schulung der Sekretäre und Bediensteten der Nationalen Gemeinschaft eröffnet und finden in regelmässig stattfindenden Vorträgen ihre Fortsetzung.

4/ Für Mitglieder des Ausschusses der Nationalen Gemeinschaft werden im Rahmen der Plenarversammlungen dieses Ausschusses Pflichtvorträge veranstaltet. Bisher fanden Vorträge über Rassenfragen, über die rechtlichen und organisatorischen Grundlagen des national-sozialistischen Staates, über das heutige Skandinavien, über die deutsche Sozialpolitik usw. statt.

5/ Es wurde ein offizieller Redner für die antijüdische Aktion bestellt, und zwar MUDr. Miloš Gruss aus Horschitz.

6/ Die Fachgruppe des Beauftragten für ideelle Erziehung gibt eine lithographierte Sammlung von Hilfsmitteln ausschliesslich für Funktionäre der Nationalen Gemeinschaft zum Zwecke der Vorbereitung von Vorträgen, Kursen, Kundgebungen u.dgl. heraus. Bisher sind folgende Schriften erschienen: "Was enthält das Programm der NSDAP?", "Analyse des Werkes Rosenbergs: Wesen, Grundsätze und Ziele der NSDAP", "Neue Aufgaben

43300



3
35

DER STAATSPRÄSIDENT
DES PROTEKTORATES BÖHMEN UND MÄHREN

der tschechischen Jugend", "Rassenfragen", "Das Wirtschaftsleben im Deutschen Reiche", "Das tschechische Volk im neuen Europa", "Wirtschaftliche und soziale Ausblicke". Weitere derartige Schriften werden folgen.

Unter Benutzung dieser Behelfe setzen die Ortsgruppen ihre systematische Schulungsarbeit fort.

Ich bitte Sie, sehr geehrter Herr Staatssekretär, diese meine Mitteilungen zur Kenntnis nehmen zu wollen.

Mit dem Ausdrucke meiner vorzüglichsten Hochachtung

Ihr ergebener

F. Frank

Herrn
Staatssekretär
Karl Hermann FRANK,
SS-Gruppenführer
in P r a g .

17. April 1941.

H-Gruf.
St.S.134/41.

17. IV. 1941

An Herrn
Staatspräsidenten Dr.Hácha,
P r a g III ,
=====
Burg.

Sehr geehrter Herr Staatspräsident!

Von den in dem dort.Schreiben vom 18.Februar 1941 - Zeichen D 771/41 gemachten Ausführungen habe ich Kenntnis genommen. In Sonderheit habe ich den Ablauf der am 13. Oktober 1940 durchgeführten Versammlungen mit Interesse verfolgt. Zwar hat der Wortlaut der Programme der offiziellen Aufgabenstellung entsprochen. Die Form und der Inhalt der Versammlungen haben jedoch keinen nachhaltigen Eindruck hinterlassen. Mir liegen Äusserungen vor, aus denen sich ergibt, dass die Reden nach einem bestimmten Schema und ohne jede innere Anteilnahme gehalten wurden. Der Eindruck der Versammlungen wird als kühl und fremd bezeichnet. Von Massenappellen kann keine Rede sein. Erschienen war fallweise lediglich ein bestimmter Kreis von hierzu verpflichteten Funktionären und Delegierten. In Pilsen sind von etwa 1200 geladenen Personen nur 860 Personen erschienen. Die Anwesenheit von Mitgliedern der Regierung erschöpfte sich in einem kurzen Vortrag, der etwa 8 bis 10 Minuten - zum Teil noch einen kürzeren Zeitraum - in Anspruch nahm. Die den Versammlungen in einem zeitlichen Abstand folgenden Kundgebungen zeigten kein anderes Bild. Die Kundgebung in Chotieboroch war ein ausgesprochener Fehlschlag. Von 2000 geladenen Personen erschienen lediglich etwa 400 Personen. Was die internen Schulungsabende und Vorträge anlangt, so hat nach meinen Feststellungen das tschechische Volk von diesen Dingen

St. G. IV M-72 - 2 -

so gut wie keine Notiz genommen. Es ist unverkennbar, daß sich im tschechischen Volke selbst die Meinung gebildet hat, die Versammlungswelle der Nationalen Gemeinschaft zur Propagierung des Reichsgedankens sei lediglich eine vorübergehende, von politischen Zweckmässigkeitsgründen bedingte und vom Reichsprotector diktierte Saisonerscheinung. Wie unberührt das tschechische Volk von der Versammlungswelle geblieben ist, beweisen die Ereignisse der vorletzten Woche. In dieser Woche ist bei namhaften Teilen des tschechischen Volkes auf Grund der angeblich ungünstigen aussenpolitischen Lage eine ausgesprochene Reichsfeindlichkeit zu beobachten gewesen. Es wird angestrebter Bemühungen und neuer Methoden bedürfen, um das tschechische Volk von seiner negativen Einstellung wegzuführen und für eine positive Einstellung zum Reichsgedanken zu gewinnen.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung

Ihr

~~78781~~

- 2. G.R. mit 2 Anlagen
- W-Obersturmbannführer. Böhme

SD	2080/11
----	---------

zur Kenntnis übersandt. *K. 27/14*

- 3.) Alsdann vorläufig z.d.A.

SD-Beitrag	19. APR. 1941
7053	
Bearbeiter:	
<i>L B 5</i>	

Prag, den 24. März 1941.

38

G.R. mit 2 Anlagen

dem SD-Leitabschnitt Prag,
P r a g ,

unter Bezugnahme auf den Inhalt der Anlagen zur Kenntnis übersandt.

W-Gruppenführer Frank wünscht zu den Punkten 1 und 2 im Schreiben des Staatspräsidenten Hácha vom 18.v.M. - Zeichen D 771/41 eine Zusammenfassung der in dem einen wie in dem anderen Falle bei der dort. Dienststelle eingegangenen negativen Meldungen. Ich bitte um die entsprechende weitere Veranlassung.

Heil Hitler !

gez. Gies,

W-Obersturmbannführer.

39

Sicherheitsdienst NS
SD-Zeitabschnitt Prag

B 5 - VA.182/38

Prag-Bubentich, 6.5.1941
Sachfenweg
Fernsprecher 77444

Büro des Staatssekretärs
beim Reichsprotektor
in Böhmen und Mähren.
Eing.: 7. MAI 1941
Tgb. Nr.:

An den
Persönlichen Referenten
des Herrn Staatssekretär
beim Reichsprotektor in Böhmen und Mähren
H-Obersturmbannführer Gies
Prag

Betr.: Nationale Gemeinschaft,
Schreiben des Staatspräsidenten über die Erfolge der NG-
Aktion zur Propagierung des Reichsgedankens.

Vorg.: Hier VA.182/38 v.7.4.41.

Anl.: - 5

Anliegend werden die Vorgänge betreffend das Schreiben
des Staatspräsidenten Hácha über die Reichsgedankenpropaganda
der NG und die Durchschrift der dortigen Antwort zurückgereicht.

Handwritten:
1/15.47

Handwritten:
i. a.
Havasi
H-Obersturmbannführer
IV 16 - 100141

St. G.

Sicherheitsdienst RF//
SD-Leitabschnitt Prag

B 5 - VA.182/38

Prag-Bubentfch, 7.4.1941
Sachsenweg
Fernsprecher 77444

Büro des Staatssekretärs
beim Reichsprotector
in Böhmen und Mähren.

Eing.: 8. APR. 1941

Tgb. Nr.:

An den

Herrn Staatssekretär
beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren,
W-Gruppenführer K.H. F r a n k

P r a g

Betr.: Nationale Gemeinschaft,
Schreiben des Staatspräsidenten über die Erfolge der NG-
Aktion zur Propagierung des Reichsgedankens.

Vorr.: Dort.Vermerk v.24.11.40.

Anlg.: - 3 -

Im anliegenden Bericht wurden den einzelnen Punkten im Schreiben des Staatspräsidenten die Ergebnisse der über die Aktion der NG zur Propagierung des Reichsgedankens vorliegenden Meldungen der SD-Dienststellen und Auszüge aus diesen entgegengestellt.

Das Schreiben des Staatspräsidenten wird anliegend zurückgegeben.

W-Übersturmbannführer

keine hr.

St. G. IV 16 - 100/42

St. G. IV 16 - 720

Betr.: Schreiben des Staatspräsidenten über die Erfolge der NG-Aktion zur Propagierung des Reichsgedankens.

1.) In dem Schreiben des Staatspräsidenten heißt es unter Punkt 1:
a) "In allen Kreisen, wo der Nationalen Gemeinschaft die Ausübung ihrer Tätigkeit gestattet ist, wurden am 13.10.1940 Massenappelle abgehalten, bei welchen der Reichsgedanke propagiert wurde."

Die sechzehn Kundgebungen, welche die NG am 13.10.40 veranstaltete, können keinesfalls als Massenappelle bezeichnet werden. Der Ausdruck Massenappelle ist vor allem deshalb unzutreffend, weil zu ihnen die Masse des Volkes gar nicht Zutritt hatte, sondern von vornherein der Kreis der Teilnehmer auf eine feste Zahl von geladenen NG-Funktionären und Gästen beschränkt war. Die Versammlungen waren durch dreifache Kontrollmaßnahmen vor der Beteiligung Nichtgeladener gesichert, indem von jedem Versammlungsteilnehmer der Vorweis der Einladung, einer besonderen Eintrittskarte und der NG-Legitimation gefordert wurde. Diese exklusive Aufmachung der Versammlungen, die bereits in den Tagen vorher bekannt war, löste vielfach in der Öffentlichkeit eine Gerüchtebildung darüber aus, daß die Versammlungen deshalb so geheim und intern abgehalten^{en} werden, weil sie nicht auf Initiative der NG, sondern auf Kommando der deutschen Stellen zurückgehen. Der exklusive Charakter der Versammlungen wird auch in der offiziellen Einladung des NG-Kreises Prag-Land offen zugegeben. Auf diesen Einladungen ist wörtlich folgendes vermerkt:

"Die Kundgebung wird mit einer pflichtgemäßen Teilnahme aller Funktionäre der NG, der Kreis- und Bezirksvertretungen der Jugend der NG, sowie aller Ortsführenden und aller Sekretäre des Kreises Prag-Land und unter Heranziehung der Vertreter aller Gruppen und Organisationen, mit welchen die NG zusammenarbeitet, veranstaltet. Die Teilnahme aller eingeladenen Funktionäre der NG und der JNG ist verpflichtend."

Die Kreisappelle der NG wanden sich daher nicht an das breite Volk, sondern an einen zum Erscheinen verpflichteten Kreis von Funktionären und Delegierten.

- b) "Bei jeder dieser Kundgebung war ein Mitglied der Regierung zu gegen."

Die Reden der Regierungsmitglieder hielten sich fast durchwegs nach einem einheitlichen Konzept. Während jedoch die übrigen Minister, wie z.B. Eliáš in Prag zumindest 8 - 10 Minuten zur Wiedergabe dieses Einheitstextes brauchte, machte der Minister Krejčí in Pilsen seine Sache in 3 Minuten ab. Auch bei der Rede des Minister Kapras in Pardubitz wurde von tschechischer Seite eine lakonische Kürze festgestellt.

- c) "An den Kundgebungen nahmen auch die von ihrer Fahrt ins Reich heimgekehrten Kulturschaffenden teil."

Die vorliegenden Berichte stimmen darin überein, daß die Vorträge dieser Kulturschaffenden, also der Nichtfunktionäre der NG, durchwegs am besten von allen vorgetragenen Reden wirkten, weil sie meist ohne Konzept erlebnismäßig und glaubhaft vorgebracht wurden.

- d) "Die Zahl derer, die sich an diesen Veranstaltungen beteiligten, war groß."

Es dürfte sich erübrigen, mit den von der NG ausgegebenen offiziellen Zahlenangaben zu polemisieren, obwohl diese jeweils um ein Drittel bzw. 50% höher gegriffen sind, als die Zahlenmeldungen in den SD-Berichten. Als bezeichnendes Beispiel für das Interesse der Teilnehmer mag der Fall Pilsen gelten, wo von 1200 Geladenen genau 866 erschienen waren.

- e) "Die Kundgebungen fanden in der Presse in Prag und auf dem Lande den lebhaftesten Widerhall."

Die tschechische Presse hat tatsächlich in einer Vielzahl von Aufsätzen zur Frage des Reichsgedankens überhaupt Stellung genommen und auch einen breiten Rahmen ihrer Berichterstattung den NG-Appellen gewidmet. Sie tat dies jedoch vielfach mit einem derart übertriebenen Ungeschick, so daß durch diese Überfütterung bei der tschechischen Öffentlichkeit vielfach das gerade Gegenteil erreicht wurde, indem man aus dem Übermaß von Aufsätzen daraus schloß, daß die deutschen Forderungen an die tschechische Presse ebenso hochgegriffen seien. Am bezeichnensten für den Erfolg der tsche-

chischen Presse ist die Tatsache, daß ihre Auflagezahl gerade im Oktober 1940 um rund 25% ihres früheren Bestandes sank. Es erscheint jedoch wesentlicher, auf die Wirkung der Kundgebungen selbst auf Teilnehmer und Öffentlichkeit näher einzugehen. Hier stimmen wiederum sämtliche SD-Berichte in ihrer Schlußwertung darin überein, daß die Kundgebungen den beabsichtigten Erfolg nicht erreichten und schon auf die Teilnehmer, ganz zu schweigen von der nichtzugelassenen Öffentlichkeit, ohne jegliche Nachwirkung blieben. Als Hauptursache für dieses Fehlschlagen wird die unmögliche Art der äusseren Aufmachung und Durchführung dieser Kundgebungen angeführt. Man hatte seitens der Zentraleitung der NG in Prag sämtliche Kundgebungen bis in die Einzelheiten durch vorgeschriebene Redetexte, genaue Vortragsfolge usw. mechanisiert. Den NG-Funktionären in den einzelnen Kreisführungen gelang es nun in keiner Weise, diese papiernen Vorschriften durch einen persönlichen Schwung zu beleben. Die Mehrzahl der Redner war sogar zu bequem, die zur Verfügung gestellten Texte zu mindest einzustudieren und dann halbwegs frei zum Vortrag zu bringen. Vielmehr wurden die meisten Konzepte monoton und schwunglos zur Verlesung gebracht. Demnach konnte es nicht ausbleiben, daß die Teilnehmer auch aus dieser Methode der Durchführung ihre Rückschlüsse auf die Ernsthaftigkeit der ganzen Aktion zogen und in ihrer vielfach vorgefaßten Meinung bestärkt wurden, daß es sich auch bei der Propagierung des Reichsgedankens durch die NG nur um einen Akt der notwendigen Willfährigkeit gegenüber den deutschen Stellen handele. Den Höhepunkt der Schablonisierung leistete sich der Kreissekretär der NG in Pibrans, der in seinem Rundschreiben vom 7.10.1940 an die ihm unterstellten Bezirkssekretariate die Richtlinien zur Durchführung der Versammlung soweit präziserte, daß er anführte, an welchen Stellen "Beifall", bezw. "stürmischer Beifall" einzusetzen habe. Das beste Bild vom Erfolg der einzelnen Kundgebungen vermögen jedoch Auszüge aus den Versammlungsberichten der SD-Dienststellen selbst zu geben.

Aus dem Bericht über die Kundgebung in Tabor:

"Die gehaltenen Reden wurden ohne Ausnahme abgelesen und machten den Eindruck eines im voraus genau bestimmten Inhaltes. Dies wurde auch von den Zuhörern vermerkt und einzelne Stimmen verlauten, daß sowohl die Kundgebungen als auch die Reden von den Deutschen voraus bestimmt seien. Diese Tatsache und der gesamte Charakter der Kundgebung, die ernstesten, zum Teil uninteressierten Gesichter der leitenden Männer und das monotone Ablesen eines Vortrages waren nicht geeignet, dem zuhörenden Volk begreiflich zu machen, daß es sich hier um tatsächlich ehrlichen Willen handelt."

Aus dem Bericht über die Kundgebung in Mähr.-Ostbau:

"Die Kundgebung wurde als eine Loyalitätskundgebung angesehen, die eben erfolgen mußte, um wieder einmal öffentlich zu erklären, daß die Tschechen als Volk zu einer Zusammenarbeit bereit sind. Die in der vorhergegangenen Sitzung des Bezirksausschusses der NG bestimmten "Beifallspender" erledigten sich ihrer Aufgabe nur sehr mangelhaft, so daß der Beifall nur ein äußerst schwacher war."

Aus dem Bericht über die Kundgebung in Budweis:

"Bei den Teilnehmern konnte überhaupt keine Anteilnahme an der Kundgebung festgestellt werden. Vor dem Theater unterhielten sich nach der Kundgebung mehrere Teilnehmer, wobei einer sagte: "War das aber rührend", wobei die anderen in ein lautes Gelächter ausbrachen."

Aus dem Bericht über die Kundgebung in Pardubitz (die Schilderung stammt von einem höheren tschechischen Staatsbeamten):

"Minister Dr. Kapras hielt eine wenig überzeugende und temperamentlose Rede. Dr. Procházka verstand es gleichfalls nicht, die Teilnehmer zu packen. Die Versammlung verfehlte daher ihre Wirkung und wirkte fremd und kühl."

Aus dem Bericht über die Kundgebung in Pilsen:

"Nachdem auch Dr. Krěmen seinen spärlichen Beifall geerntet hatte, sprach der Bevollmächtigte der NG für den Pilsner Kreis, Votík, Seine Rede dauerte zwar am längsten (20 Minuten), wurde aber in Flüsterton in rasendem Tempo und ohne vom Konzept aufzublicken, heruntergeleiert, so daß selbst in den vordersten Reihen nicht ein einziges Wort zu verstehen war. Umsonst flehte Kreissekretär Zelenka den Redner an, seine Stimme zu steigern. Aus den Kreisen der Zuhörerschaft wurde keine Aufforderung, lauter zu sprechen, erhoben, vielmehr

schien man ganz zufrieden, rauchte Zigaretten und Zigarren, trank seinen Schoppen Wein oder Kaffee, unterhielt sich, machte sich verschiedentlich auch über die armselige Haltung des Redners lustig, winkte den herumlungern den Kellnern usw., kurz, im Saale herrschte eine typische Wirtshausstimmung.

Kennzeichnend für die Einstellung der Zuhörerschaft war, daß Votik trotz alledem mindestens genau so starken Beifall erntete, wie alle übrigen Redner. Dies beweist nur, daß nicht um des Inhaltes der Ansprache willen geklatscht wurde, sondern um der "Pflicht" Genüge zu tun.

Es wurde weder auf die Fehler der Vergangenheit eingegangen (beispielsweise fehlte jede Stellungnahme zu Fragen des Marxismus, des Judentums, der Weltanschauung; Namen wie Benesch und Masaryk wurden nicht erwähnt usw.), noch wurden Wege in die Zukunft gewiesen oder erklärt, wieso man sich so spät auf die Notwendigkeit einer Umorientierung besann. Die Folge war, daß der bei den Zuhörern von vornherein vorhandene Eindruck, es handle sich darum, einer deutschen Anordnung Genüge zu tun, noch verstärkt wurde."

Wie aus den folgenden Beispielen hervorgeht, trugen NG-Funktionäre persönlich dazu bei, um das Echo der tschechischen Öffentlichkeit auf diese Versammlungen in negativer Weise zu gestalten:

Der NG-Bezirkssekretär Šenold in Klattau äußerte in einer Unterhaltung über die NG-Versammlungen sinngemäß ungefähr folgendes: "Deutschland hat immer Pakt geschlossen und nicht gehalten und Versprechungen gegeben, die niemals eingelöst wurden. Die Kundgebungen für den Reichsgedanken sind von den deutschen Ämtern anbefohlen." Wörtlich fuhr dann Šenold fort: Seid unbesorgt, Brüder, Deutschland gewinnt den Krieg nicht damit, daß man uns anbefiehlt, deutsch zu denken."

Aus Kralowitz wird bekannt, daß die von dort entsandten Delegaten (Bezirkshauptmann Dr. Šacha und Bürgermeister Kuchař) im Anschluß an die Pilsner Kundgebung auf der Rückreise in Pflaß einem Fußballwettkampf Kralowitz-Pflaß beiwohnten. Zuhause angekommen erzählten sie viel über diesen Kampf, erwähnten aber mit keinem Wort, wie es auf der Kundgebung zugegangen sei. Erst auf ausdrückliches Befragen fertigten sie die zahlreichen Neugierigen mit den Worten ab, es sei so schön gewesen, wie in den Zeitungen. Anscheinend wollte man damit den Inhalt der Reden herabsetzen, da sich unter der tschechischen Bevölkerung die Meinung gebildet hat, alle politischen Zeitungsnachrichten seien

von den Deutschen erlogen. Das Verhalten dieser beiden Delegaten steht in krassem Widerspruch zu der während der Kundgebung erhobenen Forderung, das Gehörte ins ganze Volk weiterzutragen.

2.) Unter Punkt 2 berichtet der Staatspräsident über die Erfolge der weiteren Kundgebungen der NG, die bezirkweise abgehalten wurden.

Obwohl sich viele Bezirke bei der Abhaltung dieser Kundgebungen große Mühe machten, war der Erfolg derselben kein anderer, als bei den Kreisappellen. Auch diese Kundgebungen fanden wiederum nur für einen geschlossenen Kreis von geladenen Gästen und Funktionären statt. In Kralowitz z.B. wurde dem Lehrer Šmíd aus Brašchan der Zutritt zur dortigen Bezirkskundgebung verweigert, weil er keine Einladung hatte. Die Vorstellungen des Šmíd, daß er als Deutschenfreund doch zu einer Kundgebung für die Idee des Reichsgedankens Zutritt erhalten müsse, fruchteten nichts. Manche Versammlungen endeten schon rein zahlenmäßig mit einem kläglichen Fiasko. So waren bei der Versammlung in Chotieborš von 2000 Geladenen lediglich 350 - 400 erschienen, die sich in einer 1200 Personen fassenden Saal schütter verteilten. Der folgende Auszug aus dem Versammlungsbericht über die Bezirkskundgebungen im NG-Kreis Pilsen kann als allgemein gültig für den Durchschnitt aller übrigen Bezirkskundgebungen bezeichnet werden:

Die Wirkung auf die Zuhörer war im allgemeinen schwach. Zwar interessierten die Versprechungen in sozialer Hinsicht auf dem Lande mehr als bei der seinerzeitigen Kreiskundgebung in Pilsen, das wesentliche aber, die Umschulung auf den Reichsgedanken, wurde wieder nur im alten Sinne "verstanden", nämlich als Rettung durch Anpassung. Die Stimmung der Zuhörer war tot, die der Redner wurde zum Schluß immer gelangweilter und nur die bezahlten Sekretäre nahmen sich noch einige Mühe, während die Funktionäre (Delegierte der Kreisführung usw.) nur widerwillig ihre Reden ablasen. Dies war besonders in Stankau der Fall, obwohl dort von Seiten der geladenen Gäste die Beteiligung die beste war. Die Auswirkungen auf die Bevölkerung waren kaum spürbar, das von Anfang an nur schwach vorhandene Interesse flaute vollkommen ab, da in den letzten Wochen die außenpolitischen Ereignisse, besonders der Italienisch-grie-

chische Kriegsschauplatz und die damit verbundene Flüsterpropaganda, die Aufmerksamkeit aller Schichten auf sich zogen. Es entbehrt nicht einer starken Ironie, daß gerade in dem Monat, da die NG mit der Umschulung des tschechischen Volkes beschäftigt war, die Hoffnungen eben dieses Volkes auflebten, wie dies schon lange nicht mehr der Fall war.

Von den internen Schulungsabenden und Vorträgen, die im Dezember des vergangenen Jahres und zu Anfang 1941 in sehr geringer Zahl abgehalten wurden, nahm die tschechische Öffentlichkeit fast überhaupt nicht mehr Notiz. Da die großaufgemachten Loyalitätskundgebungen geradezu abrupt zu einem Zeitpunkt aufgehört hatten, der mit der anwachsenden deutschfeindlichen Allgemeinstimmung zusammenfiel, festigte sich in der tschechischen Öffentlichkeit die Überzeugung, daß die Versammlungswelle der NG zur Propagierung des Reichsgedankens lediglich eine vorübergehende, von politischen Zweckmäßigkeitsgründen bedingte Saisonercheinung war.

(7.4.1941)

2784

B e r i c h t

über die zur Altstofferfassung im Gebiete der Stadt Brünn
getroffenen Massnahmen.

Die Grundlage zur Organisation der Altstofferfassung im Gebiete der Stadt Brünn bildet die Kundmachung Nr. 46.156/40-I/B des Handelsministeriums, über die Errichtung von Haus- und Gemeindesammelstellen zur Altstofferfassung.

Nach eingehender Prüfung der vorliegenden Verhältnisse wurden Haus- und Gemeindesammelstellen nebeneinander errichtet. Diese Massnahme wurde durch bedeutende strukturelle Unterschiede bedingt, die das Stadtgebiet aufweist.

Haussammelstellen, deren Errichtung aus der Anlage 2 ersichtlich ist, wurden im Gebiete der Inneren-Stadt und im Katastralgebiet Königsfeld errichtet.

Von Gemeindesammelstellen, deren Errichtung aus der Anlage 3 hervorgeht, werden die übrigen Vororte, sofern für dieselben nicht besondere Verfügungen getroffen wurden, betreut.

Die Altstofferfassung der deutschen Bevölkerung erfolgt ausschliesslich durch die NSDAP und ihre Gliederungen, so dass sich die von der Stadt Brünn getroffenen Massnahmen ausschliesslich auf die tschechische Bevölkerung beziehen.

Da die tschechische Bevölkerung in einzelnen Stadtteilen /: Anlage 1 :/ verschwindend klein ist, wurde in denselben von der Errichtung eigener Sammelstellen abgesehen und die tschechische Bevölkerung aufgefordert, die in ihren Haushalten anfallenden Alt- und Abfallstoffe der deutschen Aktion zuzuführen.

Eine Uebersicht über alle zur Altstofferfassung getroffenen Massnahmen gibt die Anlage 1.

Einen ständigen Bestandteil der Altstofferfassung bildet die vom Stadtschulausschuss unter Mitarbeit der Polizeigeschäftsleitung durchgeführten Schulsammlung von Alt- und Abfallstoffen, die an allen Brünnner Schulen durchgeführt wird.

Bei der Durchführung der regelmässigen Altstofferfassung und fallweisen Sonderaktionen haben sich folgende Erfahrungen ergeben :

1. Das Verhältnis der Bevölkerung zur Altstofferfassung.

Bei der Durchführung der Altstofferfassung hat es sich gezeigt, dass bedeutende Mengen an Alt- und Abfallstoffen der Erfassung entzogen werden. Diese Erscheinung hat ihre Ursache in erster Linie in mangelndem Verständnis für die Altstofferfassung und der passiven Resistenz den ein Teil der tschechischen Bevölkerung derselben entgegenbringt.

Die Einstellung der tschechischen Bevölkerung hat sich selbst nach Einsatz einer umfangreichen Werbung für die Altstofferfassung nicht geändert. /: Anlage 5 :/

Die Gleichgültigkeit mit der die tschechische Bevölkerung der Altstofferfassung entgegensteht ist am deutlichsten aus den Ergebnissen der Schulsammlung ersichtlich. /:Anlage 4:/

Nicht geringer als die von der tschechischen Bevölkerung der Altstofferfassung entgegengebrachte Gleichgültigkeit, ist die der Gebietsleitung der Nationalgemeinschaft /: Národní souručenství :/ wie aus der als Anlage beigeschlossenen Beschwerde der Ortsamtsstelle Kumrowitz hervorgeht.

Es hat sich immer wieder gezeigt, dass die Nationalgemeinschaft jede, auch die geringste Mitverantwortung an der Durchführung der Altstofferfassung abgelehnt hat und ihre Mitarbeit auf das geringste Mass zu beschränken versuchte; wie sie auch während der ganzen Zeit keine als solche gekennzeichnete Aufforderung an ihre Mitglieder an der Sammlung mitzuwirken, ergehen liess, trotzdem sie durch das hiesige Amt mehrfach dazu aufgefordert wurde.

2./ Werbung für die Altstofferfassung

Eng verknüpft mit der im Vorstehenden behandelten Frage ist die Werbung für die Altstofferfassung.

Das hiesige Amt forderte durch die Brüner Zweigstelle des tschechischen Pressebüros alle Brüner Zeitungen auf an die Werbung für die Altstofferfassung teilzunehmen, nach den vom hiesigen Amte hiezu erlassenen Richtlinien. /:Anlage 5:/ Die tschechische Presse ist dieser Aufforderung zum Teil nachgekommen. Die moravské noviny und moravské orlice jedoch veröffentlichten, trotz mehrfacher Urgezen und Aufforderungen fast gar nichts in dieser Hinsicht.

Die Rundfunkleitung brachte über Aufforderung des hiesigen Amtes mehrfach Vorträge und Meldungen über die Altstofferfassung.

Neben der Werbung durch Presse und Rundfunk wurde versucht, durch die Lehrer auf die Schuljugend einzuwirken. Diese

Werbeaktion ging nach Richtlinien vor sich, die vom Min. für Schulwesen und Volkskultur erlassen wurden.

3./ Der Altstoffhandel

ist einer der wichtigsten Faktoren bei der Altstoff- erfassung, da ihm beim bestehenden Sammelsystem die eigent- liche Durchführung desselben zusteht.

Seit jeher von ziemlich zweifelhaften Geschäftsleuten betrieben, legte der Altstoffhandel in erster Linie sein Ge- wicht auf den Handel mit sogenannten Gebrauchsgegenständen, d.h. eigentlich mit allem, was man mit einigem Recht als alt oder wenigstens nicht ganz neu bezeichnen kann. Erst in zweiter Linie stand der eigentliche Altstoffhandel.

Erst dem Eingreifen des hiesigen Amtes, vor allem aber der planmässigen Lenkung des Altstoffhandels, gelang es, den Händlern ihre Verpflichtungen und Aufgaben klarzumachen und ihre Tätigkeit in gesetzliche Bahnen zu lenken.

Wenn heute noch, wertvollere Altstoffe /: Textilien, Buntmetalle :/ unter der Hand gehandelt werden, geschieht dies in der Regel von Personen die früher eine Gewerbeberech- tigung besaßen und noch über einen festen Kundenstock ver- fügen. Das hiesige Amt ist jedoch unablässig bestrebt, gemein- sam mit der Protektoratspolizei, diesem Handel ein Ende zu bereiten.

4./ Die Erfassung der Abfälle aus dem Müll

ist in Brünn mit bedeutenden technischen Schwierigkei- ten verbunden, die vor allem durch den Mangel an Transportmit- teln hervorgerufen werden. Der Mangel an geeigneten Müllabfuhr- wagen erfordert es, dass der Müll in gewöhnlichen Lastkraftwa- gen und Pferdefuhrwerken abgeführt und zum grössten Teil un- mittelbar auf bestimmten Ablagerungsstellen abgelagert werden muss. Nur der kleinste Teil des Mülls wird der Müllverbrennung zugeführt und dort einer oberflächlichen Durchsuchung nach brauchbaren Altstoffen unterworfen. An der Verbesserung der ^{us-} Aussortierung wird derzeit gearbeitet, stösst aber wegen des herrschenden Raummangels auf grösste Schwierigkeiten.

5./ Die Schulsammlung von Alt- und Abfallstoffen

wird als selbstständige Aktion an allen Brühner Schulen vom Stadtschulausschuss durchgeführt. Auch bei dieser Sammlung zeigt es sich, dass die tschechische Bevölkerung an Wille und Interesse zur Mitarbeit hinter der Deutschen zurücksteht. /: Anlage 4 :/ Während die deutschen Schulen fast durchwegs wirklich erfreuliche Ergebnisse melden können, erzielen die tschechischen fast durchwegs geringe Ergebnisse, die auf man-

59

gelnden Eifer für die Sammlung schliessen lassen. *

6./ Vorschläge zur Verbesserung d. Altstofferfassung

a./ Die Durchführung der Altstofferfassung wird von einer Zentrale- übernommen, das entsprechend der Müllabfuhr allwöchentlich oder allmonatlich alle in den Haussammelstellen angefallenen Altstoffe abführen lässt. Die gesammelten Altstoffe werden sortiert, was durch die jetzigen Sammler geschehen könnte, und dann dem Mittelhandel verkauft.

Die Art der Neuorganisation würde jedoch in Brünn auf bedeutende Schwierigkeiten stossen. /: Transportmittel, Sortieranlage, Lagerraum :/ Eine Erlös könnte bei dieser Art kaum erzielt werden; bei gutem Erfolg könnte man jedoch die Regiekosten decken.

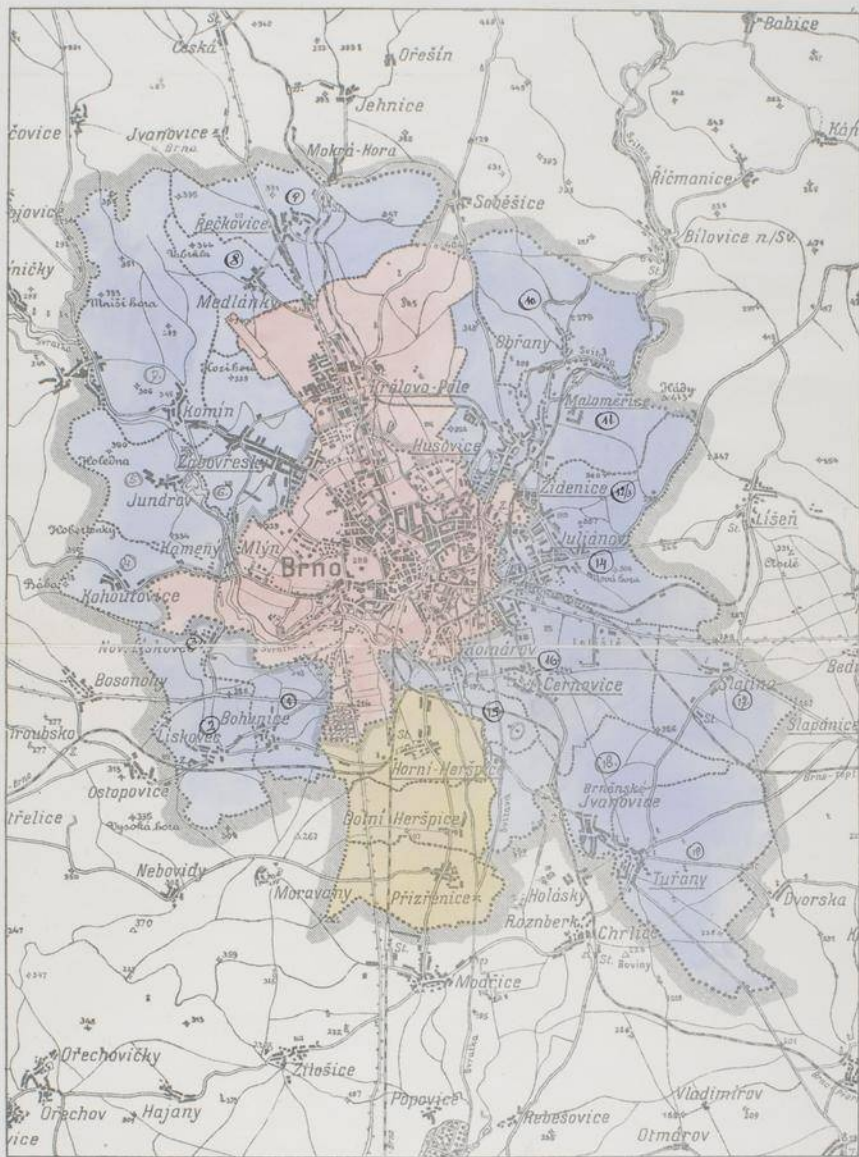
b./ Die verhältnismässig beste Lösung wäre jedoch eine mit Öffentlichkeitsrecht versehene Gesellschaft zur Erfassung von Alt- und Abfallstoffen zu gründen, die unter Mitarbeit der Behörden, der verarbeitenden Industrie und der Altstoffhändler /: die letzteren als Mitglieder der Gesellschaft :/ die Erfassung der Alt- und Abfallstoffe durchführen würde.

7./ Der Alt- und Abfallstoffe verarbeitenden Industrie
wäre, wenigstens für die Dauer der kriegsmässigen Bewirtschaftungsvorschriften der meisten Rohstoffe, erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen, da dieselbe, wie das hiesige Amt mehrfach feststellen konnte, bedeutende Mengen von bewirtschafteten Altstoffen erwirbt und weiter verarbeitet ohne sich um die einschlägigen Vorschriften zu kümmern. Diese Feststellung gilt vor allem von der Verwertung bewirtschafteter Metalle und Textilien. /: Schmelzereien, Watterzeugung, Kappenmacher :/

Brünn, am 31. 3. 1941.

Der Sachbearbeiter :

Wagner



- Stadionsatelle
- Gemeindegemeinschaft
- Klein-kommunen

Landeshauptstadt Brünn.

Zl. 88.063/40-VI.

Errichtung von Haussammelstellen für die Altstofffassung der tschechischen Bevölkerung.

Kundmachung.

Im Zuge der Altstofffassung werden laut Erlaß des Handelsministeriums Zl. 46.156/40-I/B in allen Häusern der Stadtgemeinde Brünn Haussammelstellen für die Altstoffsammlung der tschechischen Bevölkerung errichtet.

Mit der Leitung der Sammelstelle wird ein tschechisches Hausmitglied betraut.

In Häusern mit weniger als 3 tschechischen Mietern können sich die Bewohner von 3—4 Häusern der Nachbarschaft zu einer Hausgenossenschaft zusammenschließen. In diesem Falle wird eine Sammelstelle unter der Leitung eines Beauftragten, für alle dieser Gemeinschaft angehörenden Häuser errichtet.

Der Name und die genaue Anschrift des Beauftragten der Sammelstelle, sowie die Bezeichnung des Hauses, das er betreut, ist in den unteren, dafür vorbehaltenen Teil dieser Kundmachung einzutragen.

Die Aufgabe des Leiters einer Sammelstelle ist es, die Altstoffe von den Mietern entgegenzunehmen, ihre zweckentsprechende Lagerung zu veranlassen und sie dem Sammler, der allmonatlich wenigstens einmal erscheint und verpflichtet ist, sich zu legitimieren, abzugeben.

Die Abgabe der Altstoffe geschieht in der Regel, in Anbetracht der geringen Werte, die sie darstellen, kostenlos, sofern ihr Wert 10.— K nicht überschreitet. Erst bei Werten über 10.— K ist der Sammler verpflichtet dem Leiter der Sammelstelle eine Bestätigung über die empfangenen Altstoffe auszustellen. Eine Bezahlung unmittelbar durch den Sammler findet nicht statt.

Um eine zweckentsprechende Lagerung der Altstoffe zu gewährleisten, stellt der Hausbesitzer kostenlos einen geeigneten Raum für ihre Aufbewahrung zur Verfügung.

Gesammelt werden alle Altstoffe:

Papier, Eisen, Metalle, Glas, Hadern, Gummi, Knochen, Leder, Kork usw.

In Anbetracht der großen Bedeutung dieser Aktion für die heimische Wirtschaft wird von jedem Bewohner Brünns erwartet, daß er sich restlos für ein gutes Ergebnis dieser Sammlung einsetzen wird.

Die Nichtbeachtung dieser Kundmachung wird auf Grund der Regierungsverordnung über die pflichtmäßige Sammlung von Altstoffen, Slg. d. G. u. V. Nr. 29/40, mit einer Geldstrafe bis zu 20.000.— K oder einer Freiheitsstrafe bis zu 3 Monaten geahndet.

Die Altstoffsammlung für die deutsche Bevölkerung wird nach wie vor durch die NSDAP und ihre Gliederungen durchgeführt.

Brünn, am 9. Juli 1940.

Der Regierungskommissar:
Oskar Judex e. h.

Mit der Leitung der Sammelstelle des Hauses (der Hausgemeinschaft)

(Straße und Nr. d. Hauses; bei Hausgenossenschaften aller einer Sammelstelle angeschlossenen Häuser)

wurde

(Name und genaue Anschrift)

beauftragt.

Brünn, am _____ **1940.**

Unterschrift des Hausbesitzers.

Zemské hlavní město Brno.

Č. 88.063/40-VI.

Zařízení domovních sběrů odpadkové hmoty českého obyvatelstva.

Vyhláška.

V provádění sběru odpadkových hmot budou zřízeny dle výnosu ministerstva obchodu č. j. 46.156/40-I/B ve všech domech města Brna domovní sběrný pro české obyvatelstvo, za účasti Národního souručenství.

Správou sběrný pověří se jeden český obyvatel domu.

V domech méně než s 3 českými nájemníky mohou se obyvatelé 3 neb 4 domů spojit k jedné domovní společnosti. V tom případě se zařídí jedna sběrna pod vedením jednoho zmocněnce pro všechny domy této společnosti.

Jméno a bydliště správce sběrný, jakož i označení domů, jež tento opatruje, jest označiti ve spodní, pro tento účel vyhrazené části této vyhlášky.

Úkol správce sběrný jest: odebrati odpadkové hmoty od nájemníků, uskladniti je vhodným způsobem a odevzdati je sběrači, který nejméně jednou měsíčně navštíví každý dům a jest povinen se legitimovati.

Odpadkové hmoty se odevzdají zpravidla, vzhledem k malé peněžité ceně, již představují, bez odškodnění, nepřesahuje-li jejich cena 10.— K. Teprve v tom případě obdrží správce sběrný od sběrače potvrzení za odevzdané odpadkové hmoty. Peněžité odměny správce sběrný zásadně od sběrače nepřijímá.

K usnadnění účelného uskladnění odpadkových hmot dá majitel domu bezplatně vhodnou místnost k tomuto účelu k dispozici.

Sbírány budou všechny odpadkové hmoty: papír, železo, kovy, sklo, hadry, guma, kosti, kůže, korek atd.

Vzhledem k velkému významu této akce pro národní hospodářství se očekává od každého občana Brna, že se zasadí o úspěšný výsledek této sbírky.

Nedodržení této vyhlášky bude na základě vládního nařízení o povinném sběru starých hmot, Sb. z. a n. č. 29/40, trestáno pokutou do 20.000.— K neb žalářem do 3 měsíců.

Sbírku odpadkových hmot pro německé obyvatelstvo provádí NSDAP a její složky.

V Brně dne 9. července 1940.

Der Regierungskommissar:
Oskar Judex e. h.

Správou sběrný domu (domovní společnosti)

(Ulice a č.; při domovní společnosti všech domů, patřících k jedné sběrně)

byl pověřen _____

(jméno a přesná adresa)

V Brně dne _____ 1940.

Podpis majitele domu.

Zl. 88.063 / 40 - VI

Brünn, am 15. 7. 1940.

Haus- und Gemeindesammelstellen zur Altstofferfassung.

An alle Ortsamtsstellen !

Zur Errichtung von Gemeindesammelstellen für die Altstoffsammlung der tschechischen Bevölkerung, lt. Erlass des Handelsministeriums Zl. 46.156/40-I/B gelten bis auf Widerruf folgende Bestimmungen :

- 1./ Je nach den örtlichen Verhältnissen sind in allen Ortsamtsstellen der Stadtgemeinde Brünn 1 oder 2 Gemeindesammelstellen zur Altstofferfassung der tschechischen Bevölkerung zu errichten.
- 2./ Mit der Leitung der Sammelstelle ist ein Beamter der Ortsamtsstelle zu betrauen.
- 3./ Dem Leiter der Sammelstelle steht ein Vertreter der Nationalgemeinschaft zur Seite, der im Einverständnis mit der Polizeigeschäftsleitung von der Gebietsleitung der Nationalgemeinschaft bestimmt wird und sich mit einem Beglaubigungsschreiben versehen in der Ortsamtsstelle einfindet.
- 4./ Die Sammelstelle ist in einem geeigneten Raum, womöglich im Hause der Ortsamtsstelle selbst unterzubringen. Falls sich kein anderer für die Sammelstelle geeigneter Raum als die Schule findet, hat sich der Leiter der Sammelstelle mit dem Stadtschul-ausschuss zwecks Ueberlassung eines geeigneten Raumes ins Ein-vernehmen zu setzen.
- 5./ Der Leiter der Sammelstelle bestimmt einen Tag in der Woche, an dem die Sammelstelle geöffnet ist und die Bevölkerung die gesammelten Altstoffe abliefern kann.
- 6./ Die Ortsamtsstelle unternimmt alles, um die Bevölkerung über die Wichtigkeit der Altstoffsammlung für die heimische Industrie aufzuklären.
- 7./ Die von der Bevölkerung abgegebenen Altstoffe werden von der Leitung der Sammelstelle unmittelbar dem Händler oder berechtigten Sammler, der sich allmonatlich wenigstens einmal in der Sammelstelle einfindet, abgegeben. Der Händler ist verpflichtet für die angenommenen Altstoffe die derzeit geltenden Höchstpreise zu bezahlen.
- 8./ Die Verrechnung der dem Händler abgegebenen Altstoffe wird von der Leitung der Sammelstelle auf der strengverrechenbaren Drucksorte Nr. 3 durchgeführt.
- 9./ Allmonatliche legt die Leitung der Sammelstelle der Polizeigeschäftsleitung, bis spätestens 5. des folgenden Monats, einen Bericht über die Tätigkeit der Sammelstelle vor.
- 10./ Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass die festgesetzten Termine unbedingt einzuhalten sind, um eine reibungslose Durchführung der Altstofferfassung zu gewährleisten.

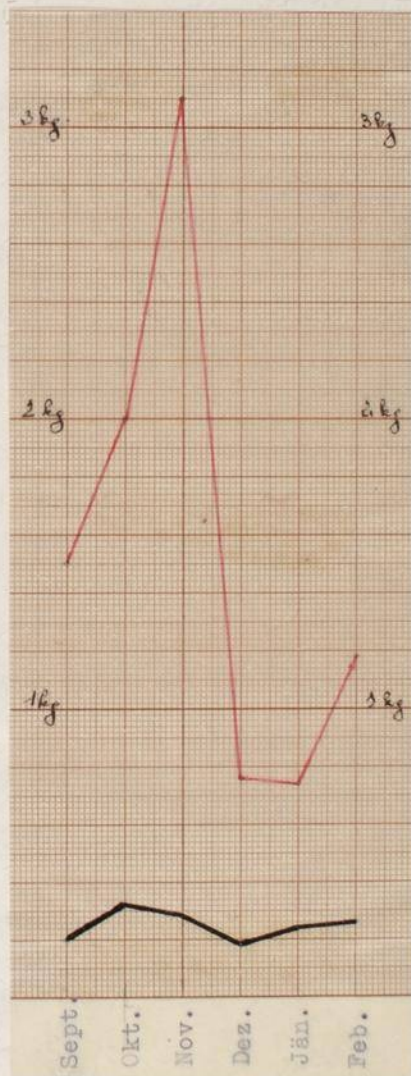
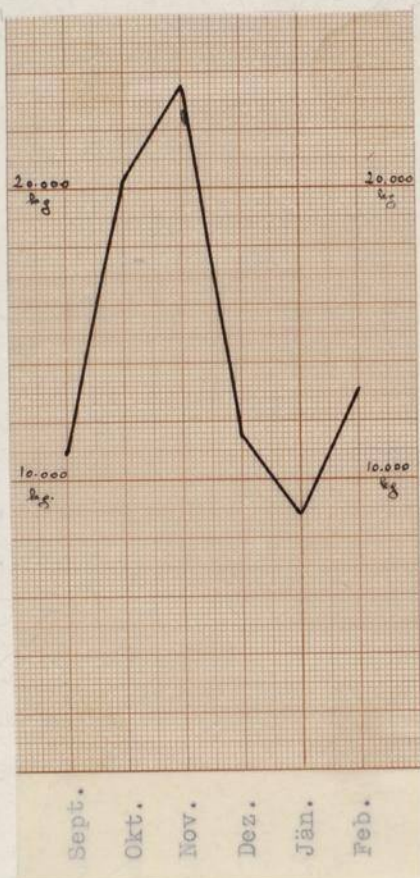
Die Durchführung dieser Bestimmungen ist der Polizeigeschäftsleitung bis spätestens 25. 7. 1940 schriftlich bekanntzugeben.

Für den Regierungskommissar:

Nikodem e.h.

Gesamtergebnis der
Schulsammlung von Alt-
und Abfallstoffen.

Je ein deutscher — und
tschechischer — Schüler
sammelte an Alt- und Abfall-
stoffen in den letzten 6 Mona-
ten :



Landeshauptstadt Brünn.
Ortsamtsstelle in Kumrowitz.

Anlage 5
56

An das

Referat VI.

Die Altstoffsammlung der tschech. Bevölkerung wurde den Vorschriften entsprechend eingeleitet, doch schien es mir, dass diese Aktion von den beauftragten Mitglieder der nationalen Gemeinschaft wegen Zeitmangel mit nicht entsprechenden Nachdrucke durchgeführt wurde.

Ich ersuchte deshalb den Ortsleiter dieser Vereinigung um einen anderen Funktionär, und wurde diesmal Herr Vlad. Čapka, Brünn-Zuischgasse 26 vorgeschlagen.

Da aber auch jetzt eine nennenswerte Ablieferung von Altstoffen bisher nicht erfolgt ist, muss ich in diesem Umstände eine Absicht sehen und bringe dies zur Anzeige.



K. W. Krumpholtz
Der beauftragte Beamte.

29.14.

H. Heats Parken

Es geht die Arbeit in der Sache nicht
zu Ende. der Reg. тов. in Bremen mag
seine Verantwortung aufgeben, die er
er mag.

Es geht die Sache mit der Sache vor,
mit dieser die richtige Person, der
die Nat. Genossenschaft nicht, aber eine
für nicht, in der die Heiligkeit der
mit der Sache der Politik in der
Sache zu.

Wohin die die eigentlich immer
zu gehen?

Beitrag von

98/5

Lehrer Schmidt
zur Fertigstellung des letzten Schmitt
Beckels mit H. Fr. Schels in Sachen
d.S.

l. 85.47

Preisfest. Distrikt 1/5.

5. d. d.

l. 248.47

St. G. V. 16 - 110/41

Prag, den 17. April 1941

Mj. 29. 4.

54a

An den
Herrn Abteilungsleiter II

Im Protektorat Böhmen und Mähren wird die Sammlung der hier anfallenden Altstoffe von einer besonders hierfür gebildeten Abteilung beim Handelsministerium Prag durchgeführt. Eine Ausnahme hiervon macht jedoch der Bezirk der Stadt Brunn, in dem die Altstoffsammlung durch den Regierungskommissar in Brunn selbständig erfolgt. Wie der beiliegende Bericht des zuständigen Sachbearbeiters vom 31.3.1941 erkennen läßt, ist das Ergebnis der Sammelaktion nicht befriedigend. Ob hierfür die in dem vorerwähnten Bericht angegebenen Gründe allein maßgebend sind, oder ob die Organisation der Altstoffsammlung noch verbesserungsbedürftig ist, kann von hier ohne eingehende Prüfung aller dafür in Betracht kommenden Verhältnisse nicht beurteilt werden. Die in dem oben erwähnten Bericht (unter lfd.Nr.6) gemachten Verbesserungsvorschläge erscheinen mir nicht zweckmäßig, weil nicht die Gewähr besteht, daß die Durchführung der Vorschläge bessere Ergebnisse zeitigen würde. Ferner ist anzunehmen, daß ähnliche Wünsche auch in anderen Orten laut werden könnten, die, falls ihnen stattgegeben werden müßte, neben fraglichen Ergebnissen eine unerwünschte Verzettelung der Sammelaktion zur Folge hätten. Das Gegebenste wäre, die Sammlung der Altstoffe in Brunn ebenfalls der Leitung der eingangs erwähnten Abteilung des Handelsministeriums in Prag zu unterstellen, zumal sie, wie aus der Zusammenarbeit mit ihr entnommen werden kann, bestrebt ist, ihre Aufgabe zu erfüllen. Auch könnten die tschechischen Stellen zur Verantwortung gezogen werden, falls das Sammelergebnis sich dann nicht verbessern sollte.

Im Auftrag
gez. Dr. Ing. von Hülsen

Beglaubigt:

Höfner
Angestellter.



*Im Auftrage des Reichsministeriums für Wirtschaft
die Verwaltung für Brünn
läßt sich m. f. nicht zubehalten.
Hülsen, Abt. II Prag 19. IV. 41.*